



**Laufen für Gilad**

Marathonis erinnern an das Schicksal des Soldaten **S. 14**

# Unsere Woche

## Money, money, money

**VERTRAGSSACHE** Wie die jüdischen Landesverbände ihre Finanzen regeln

VON ELKE WITTICH

Der 12. Mai 2009 war für die jüdischen Gemeinden ein folgenreicher Tag: Das Bundesverfassungsgericht hatte die Verteilung von Fördergeld in Brandenburg durch den dortigen Landesverband jüdischer Gemeinden für verfassungswidrig erklärt. Nun prüfen einige Bundesländer, ob sie die Staatsverträge ändern und jüdische Gemeinden, die nicht Mitglieder von Landesverbänden des Zentralrats der Juden in Deutschland sind, bei der Mittelverteilung berücksichtigt werden müssen.

In Brandenburg wird die bisherige Vergabepraxis jetzt angepasst, wie Katrin Seitz, Pressesprecherin des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes erklärt. »Die Gesetzestreuende Gemeinde muss künftig den auf sie entfallenden Anteil durch einen Zuwendungsbescheid des Landes direkt erhalten.« 200.000 Euro erhalten die etwa 1.400 Juden in Brandenburg gemäß des seit Januar 2000 geltenden Staatsvertrags bislang jährlich, dazu kommen 35.000 Euro freiwillige Leistungen. Im Staatsvertrag gibt es keinen Zuwendungs Schlüssel.

**BEGÜNSTIGTE** Zu denjenigen, die sich nun Hoffnungen auf Fördergeld machen können, gehört auch die vor 13 Jahren gegründete Gemeinde in Speyer. Deren Vorsitzende Juliana Korovai freut sich deshalb sehr nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die rund 90 Mitglieder starke Gemeinde kämpft seit Jahren um ihre Eigenständigkeit im Landesverband Rheinland-Pfalz. Die Landesregierung hatte angekündigt, ihren Staatsvertrag zu überarbeiten.

Auch die liberalen Gemeinden in Halle und München machen sich nach dem Urteil Hoffnung auf regelmäßige staatliche Unterstützung. Wie hoch die Zuwendungen für die jüdische Gemeinschaft ausfallen, regelt jedes Bundesland unterschiedlich. Das Land Thüringen zahlt nach Auskunft des Sprechers im Kultusministerium Gregor Herrmann aufgrund des am 1. November 1993 geschlossenen Staatsvertrags in diesem Jahr 313.625 Euro an die jüdische Landesgemeinde mit etwa 750 Mitgliedern. Der jährliche Zuschuss ist für religiöse und kulturelle Bedürfnisse und deren Verwaltung bestimmt. Die Höhe der Zahlungen werde regelmäßig angepasst, sagt Herrmann. »Darüber hinaus sichern wir den jüdischen Religionsunterricht an den Schulen im Freistaat«, ergänzt Herrmann.

In Artikel 13 des Vertrages des Landes Sachsen-Anhalt mit der jüdischen Gemein-



Alles im Fluss: Die Bundesländer müssen in Teilen ihre Staatsverträge mit den jüdischen Gemeinden ändern.

Foto: imago, Montage Frank Albinus

schaft vom 20. März 2006 ist die Höhe der jährlichen Zuwendungen geregelt, erklärt Ute Kriegl von der Pressestelle des Kultusministeriums. »Die Gesamtsumme der Zuschüsse an den Landesverband jüdischer Gemeinden im Jahr 2009 betrug 1.112.227 Euro.« Kriegl betont ausdrücklich: »Der Landeszuschuss umfasst auch neu entstehende Gemeinden.« Unterstützt würden damit also etwa 1.800 Juden. Freiwillige Zuschüsse des Landes, etwa für die Errich-

tung oder den Erhalt von Räumlichkeiten und Anlagen, die den Kultus-, Seelsorge- und Sozialaufgaben dienen, sind durch den Artikel 13 nicht ausgeschlossen.«

In Bayern gehören 9.600 Juden der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern an, nochmals etwa 9.600 Mitglieder hat der Landesverband der israelitischen Kultusgemeinden in Bayern. »Der Freistaat beteiligt sich«, laut Sylvia Schnaubelt vom Presseamt im Bayerischen

Kultusministerium, »an den laufenden Ausgaben für religiöse und kulturelle Zwecke.« Die Beträge für die Israelitischen Kultusgemeinden sind laut Staatsvertrag mit gestaffelt. Im Jahr 2008 betrug die Höhe der Zuwendungen 4,25 Millionen Euro, 2009 sind es 4,75 Millionen und 2010 werden es 5,25 Millionen sein, teilt Sylvia Schnaubelt mit. »Die Zahlung erfolgt an den Landesverband und tritt an die Stelle der bisher erbrachten freiwilligen und vertraglichen Leistungen.« Dabei gibt es eine Besonderheit: Der Landesverband fördert die einzelnen Israelitischen Kultusgemeinden, ungeachtet ihrer Mitgliedschaft im Landesverband.

**DIREKT** Im Stadtstaat Hamburg gehen die Zuwendungen an die jüdische Gemeinde mit rund 3.000 Mitgliedern, die Landesleistung aus dem Staatsvertrag beträgt gegenwärtig 850.000 Euro jährlich. Senatsprecherin Kirstin Breuer betont: »Der Staatsvertrag sieht vor, dass die Gesamthöhe sowie die Verteilung der Mittel durch eine besondere Vereinbarung geregelt wird. Diese sieht gegenwärtig eine Weiterleitung von zehn Prozent der Landesleistung an die Liberale Jüdische Gemeinde Hamburg und ihren 150 Mitgliedern vor.«

In Bremen wurde am 11. Oktober 2001 ein zeitlich unbefristeter Staatsvertrag mit der jüdischen Gemeinde als alleiniger Empfängerin der Landesleistungen geschlossen. 235.000 Euro fließen demnach jährlich an die Gemeinde mit 1.200 Mitgliedern. In Niedersachsen ist der Staatsvertrag seit 1983 in Kraft, berichtet Andreas Krichert vom niedersächsischen Kultusministerium. 1,550 Millionen Euro erhalten der Landesverband der Jüdischen Gemeinden und der Verband Israelitischer Kultusgemeinden jährlich, die Zuwendungen werden direkt an diese beiden Institutionen, denen 7.406 und 1.561 Menschen angehören, gezahlt, die dann frei über die Gelder verfügen können.

So umfassend wie in den oben genannten Bundesländern sind die Zuwendungen nicht überall geregelt. In Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg gibt es beispielsweise keinen Staatsvertrag – jedenfalls noch nicht. »Auf Wunsch des Ministerpräsidenten Günther Oettinger befindet sich das Land Baden-Württemberg derzeit in Verhandlungen mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften, sagt Pressesprecherin Carina Olnhoff. Bislang habe es nur freiwillige Leistungen des Landes gegeben, vor allem für den Religionsunterricht, »nun wird ein Staatsvertrag das ganze System umfassend neu regeln.«

### KOMPAKT

#### Reisen

**ISRAEL** Junge jüdische Erwachsene können im Rahmen der Taglith-Reisen Israel besuchen. Die deutschsprachige Reise ist vom 21. bis zum 31. Dezember vorgesehen. Eine russischsprachige Gruppe kann sich den Termin 22. Dezember bis 3. Januar vormerken. Die Teilnehmer sollten zwischen 18 und 26 Jahren alt sein und dürfen noch an keinem offiziellen Programm in Israel teilgenommen haben. Die Reise ist kostenlos und gibt einen guten Eindruck über Land und Leute in Israel. Organisiert wird sie von der Jewish Agency und ist nicht religiös ausgerichtet. Weitere Informationen sind im Internet unter [www.10tageisrael.de](http://www.10tageisrael.de) nachzuschlagen. **ja**

#### Spenden

**WUPPERTAL** Die Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal sammelt seit Langem Zeugnisse jüdischen Lebens. Bis 2011 hofft sie ihre Geschichte soweit aufgearbeitet zu haben, um eine Dauer Ausstellung präsentieren zu können. Noch firmiert das Unternehmen unter dem Titel: »Jüdisches Leben in Wuppertal und Region«. Das Unternehmen kostet Geld, das vor allem durch Spenden gesammelt werden soll. Als einer der ersten hat sich die Bette-Stiftung für Kinder bereit erklärt, für das Unternehmen Dauerausstellung zu werben und will jede Spende verdoppeln, die in den Monaten Oktober bis Dezember dieses Jahres zusammenkommen, Unter dem Stichwort Dauerausstellung hat die Begegnungsstätte eine Konto bei der Stadtparkasse Wuppertal eingerichtet. **ja**

#### Erinnern

**BONN** Das Haus der Frauen Geschichte in Bonn hat einen Gedenkstein für Frauen entworfen. Angelehnt an die jüdische Kultur, einen Stein auf die Grabstätte zu legen, verwendet das Bonner Projekt Kiesel, in denen der Name in der Schoa angekommenen Frau, ihr Geburts- und Todesdatum und ein Rose eingraviert ist. Außerdem erstellt das Haus Frauen Geschichte eine Kurzbiografie. Sie arbeitet dabei mit den Mahn- und Gedenkstätten Düsseldorf und Ravensbrück zusammen. Geplant ist für die Steine Forschungsstipendien in Höhe von 400 Euro einzubringen. Weitere Steine sollen an Privatpersonen verkauft werden. Der Erlös kommt zu 20 Prozent der Lagergemeinschaft Ravensbrück zugute. **ja**

## »Was hert sich?«

**JOM KIPPUR** Wie ein frommer Jude am Versöhnungstag das Wahlergebnis erfährt

Am Sonntagabend wird's spannend. Stehen uns schwarz-rote, schwarz-gelbe, rot-grüne oder vielleicht schwarz-grüne Zellen bevor? Wenn Punkt 18 Uhr die Wahllokale schließen, muss sich der Souverän nur noch wenige Minuten gedulden – bis er endlich das Ergebnis der ersten Hochrechnung erfährt.

Fromme Juden allerdings werden just um diese Zeit in die Synagoge gehen und an ganz andere Dinge denken, denn es ist Erew Jom Kippur. An so einem Abend verzichtet selbst das hippestes Jugendzentrum auf Public Viewing. Doch ein Dilemma sei das nicht, sagt der Dortmunder Rabbiner Avichai Apel. »Das öffentliche Leben geht auch mal ohne uns weiter.« Es sei wichtig, dass der Mensch lernt, sich zu gedulden.

Schleswig-Holsteins Landesrabbiner Walther Rothschild pflichtet seinem Kollegen bei: »Wenn Jom Kippur beginnt, sind die Würfel längst gefallen, und das Ergebnis kann niemand mehr ändern.« Die wenigsten Juden in Deutschland seien so stark in die Politik verwickelt, dass sie das Wah-

lergebnis sofort erfahren müssten. »Das ist pure Neugier – etwas, das der Mensch gerade in diesen Tagen bezähmen sollte. Allerdings gibt Rothschild zu bedenken, dass in einer Demokratie jeder das Bedürfnis haben sollte, zu wissen, was passiert.

»Ich habe mir extra Briefwahlunterlagen schicken lassen, um an Erew Jom Kippur nicht ins Wahllokal gehen zu müssen«, sagt die Berliner Rabbinerin Gesa Ederberg. »Aber ans Ergebnis habe ich damals nicht gedacht«, überlegt sie. Dass sie es erst am Montagabend, wenn Jom Kippur zu Ende ist, erfahren wird, glaubt sie indes nicht. »Man wird wohl kaum die Ohren verschließen, wenn man zufällig die Nachrichten mitbekommt«, sagt sie. Im Übrigen habe sie ja eine Tageszeitung abonniert, und ob da am Montagmorgen wirklich niemand aus der Familie hineinschauen werde, glaubt sie kaum. Vermutlich ist der Zwiespalt am Sonntag weit weniger groß als heute befürchtet, denn: »Es ist eine gute Tradition, dass in der Synagoge getratscht wird«, sagt Ederberg

und lacht. »Selbst wenn man vorher nichts mitbekommen hat, wird man spätestens in der Synagoge das Wahlergebnis erfahren.«

Auch der Düsseldorfer Rabbiner Julien Chaim Soussan sieht das Bethaus als Kollegium von Presseagenturen: »Die besten Neuigkeiten gibt's eh in der Synagoge«,

sagt er. Es lohne sich wirklich hinzugehen, gerade am Wahlabend. Dann erzählt er den bekannten Witz von Bill Clinton, dem früheren US-Präsidenten, der sich darüber wunderte, dass sein jüdischer Berater immer auf dem neuesten Stand ist. »Das meiste hab ich aus der Synagoge«, sagt er. Denn dort sei der am häufigsten gesprochene Satz: »Was hert sich?« Also verkleidet sich Clinton und geht am Abend incognito in die Synagoge. Als er seinen Nachbarn fragt: »Was hert sich?«, sagt der zu ihm: »Pstcht, heit nicht! Man sagt, Clinton ist hier.«

Düsseldorfs Rabbiner hält Erew Jom Kippur für einen idealen Wahltermin. »Anders als an Rosch Haschana schauen wir an Jom Kippur nach vorn. Das passt gut: Wir beten dafür, dass es uns im neuen Jahr besser gehen möge.« Ob es uns gutgeht oder nicht, habe schließlich auch etwas damit zu tun, wer hierzulande regiert, sagt Soussan. »Auch wenn wir die erste Hochrechnung nicht live am Bildschirm miterleben, werden wir über die Wahl sprechen. Schließlich geht sie uns alle an.« **Tobias Kühn**



Keine Hochrechnung an Jom Kippur, jedenfalls nicht auf dem eigenen Bildschirm.

Foto: imago